

Erste Seite täglich
 10 Pfennig, mit Ausnahme
 der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
 monatlich 60 Pf.
 vierteljährlich 1,80 Mk.
 postnumer. frei ins Haus.
 Durch die Post bezogen
 1,80 Mk. extra, vierteljährlich.

„Die Neue Welt“
 (Kriegsblattsatzung),
 durch die Post nicht bezogen,
 kostet monatlich 10 Pf.,
 vierteljährlich 30 Pf.

Verlag Dr. 1047.
 Verlagsgesam.-Adresse:
 Volkshaus Halle/Saale.

Die Neue Welt

Insertionsgebühren
 beträgt für die 6 Spalten
 pro Zeile über deren Raum
 20 Pfennig.
 Für ausserhalb Angelegen
 25 Pfennig.
 Im reduzierten Satze
 kostet die Zeile 75 Pfennig.

Interate
 für die 6 Spalten Nummer
 müssen spätestens bis vor-
 mittags 10 Uhr der
 Expedition einlangen
 sein.

Einlagen in die
 Postzustellung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weissenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Auf dem Wege nach Canossa.

Eine politische Enttäuung von erheblicher Tragweite ver-
 öffentlicht die Kreuzzeitung in ihrer Wochenchau vom
 2. August. Das konservative Blatt, das ebenso wie sein Ge-
 meinschaftsgenosse, der sonst sehr zentrumsferne Reichsbote,
 in den letzten Tagen einem Aufstammenscher der Konserwativen
 mit dem Zentrum in der Frage der Reichsfinanzreform das
 Wort geredet hat, erklärt jetzt mit schärferer Deutlichkeit, daß
 dieses wenig blödsinnige Verhalten der Konserwativen nicht
 nur den vollen Beifall der Wladregierung finde, sondern
 daß diese selbst — man höre und staune — mit dem Zentrum
 wegen der Reichsfinanzreform in Unterhandlung stehe. Das
 heißt: Fürst Bülow, der im Dezember 1906 dem Zentrum den
 Reichshandelsvertrag hinwarf, der diese Partei wegen ihrer „anti-
 nationalen Verrugang“ mit der Sozialdemokratie zusammen in
 Käst und Bann tat, Fürst Bülow, der den Reichstag auflöste,
 um den Einfluß des Zentrums, die „Rebentregierung“ zu bre-
 chen, kriedet vor den schwärzen Herren zu Kreuz und bittet sie
 in seinen schwören Mälen um ihre wohlwollende Unterstützung.
 Die Liberalen aber, die den Sottentatunummel inszenieren
 haben, um das Zentrum „auszuschalten“, die in dieser „Aus-
 schaltung des Zentrums“ den größten Erfolg der Wladpolitik
 feierten, sehen sich grenzenlos betrogen. Wenn Herr Weser-
 mann und Herr Wiemer nach Nordern kommen, werden sie
 im Vorgarten der Willa Wilows einen guten alten Bekannten
 finden, Herrn Peter Spahn's alten, lagenberühmten, schick-
 aufgebügelten Zylinderhut, und wenn sie dann vertehen über
 die Schwelle stolzen, wird es vielleicht heißen: Gehen Sie
 nach Canne, meine Herren, es ist alles erledigt!

Die Stelle in der Wochenchau der Kreuzzeitung, in
 der diese Wendung durch Gottes Fügung angekündigt wird,
 lautet wörtlich:
 „Will jemand behaupten, daß es für die Finanzreform und
 für das Reich selber gleichgültig ist, ob die neuen Lasten mit
 der kümmerlichen Bismarckheit oder mit allen Stimmen der
 nationalen Parteien angenommen werden? Die Regierung
 selbst denkt nicht so. . . Der Reichstagsabgeordnete Eszberger
 schrieb am Donnerstag im Tag: „In maßgebenden Kreisen
 hat man freilich — ich kann das versichern — heute nicht die
 Absicht, die neuen Steuern gegen oder ohne das Zentrum
 zu machen.“ Das war uns längst bekannt. . . Die Regierung
 verhandelt wegen der Finanzreform mit dem Zentrums-
 führenden ebenso wie mit den Führern der Wladpartei, und
 es heißt dies Werk nicht fördern sondern zunichte, wenn man
 dem Zentrum nicht offen und ehrlich sagt: „Ohne eure Mit-
 hilfe können wir das große Werk, das dem ganzen Volke
 große Lasten auferlegt, nicht zum guten Ende führen.“
 Wäre die Art des deutschen Liberalismus nicht schon längst
 bekannt, so dürfte man einigermaßen darauf gefaßt sein,
 was er zu diesem enttäuenden Rückversicherungsvertrag gegen
 die Risiken der Wladpolitik zu sagen haben wird. Aber die
 ganze sogenannte Wladpolitik hat in weiter nichts als in fort-
 gesetzten moralischen Wladhandlungen des Liberalismus be-
 standen, und dieser hat noch allemal nach einigem Wimmeln
 den heroischen Entschluß gefaßt, seinen Herrn nur noch treuer
 zu dienen, um nicht noch mehr geprügelt zu werden. Die Unter-

handlungen der Regierung mit dem Zentrum bedeuten nicht
 bloß einen höchst kläglichen Anstößung des regierenden Man-
 nes sondern auch einen Akt, der sich mit der berühmten National-
 tugend, der „deutschen Treue“ nicht recht vereinbaren zu lassen
 scheint. Allerdings ist deutsche Treue nie anders als Unter-
 taneutreu gewesen, die sich durch eine Treulosigkeit der
 Herren in ihrer Festigkeit erhärten läßt, und ganz im
 Sinne der besten preussischen Traditionen ist es gehandelt, wenn
 Fürst Bülow die Liebung der deutschen Nationaltugend ganz
 einseitig seinen liberalen Obersten überläßt.

Eine ible Rolle in diesem Handel spielt aber nicht bloß
 Fürst Bülow, nicht bloß auch der zum soundsovieltsten Male
 duplierte und moralisch gebohrtete Liberalismus, eine nicht
 minder ible Rolle spielt auch das Zentrum. Bei dem Zent-
 rum hätte es gelegen dafür zu sorgen, daß dieser bis über die
 Ohren diamantierte, volks- und volksrechtseindliche Regierung
 überhaupt keine neuen Steuern bewilligt, daß aber auch unter
 einer neuen Regierung die Vagen einer Reichsfinanzreform nur
 den tragfähigen Schultern der bestehenden Klassen auferlegt
 würden. Das Zentrum hat aber während der ganzen Zeit
 seiner Verbannung keinen Augenblick, weder in Wahlrechts-
 noch in Steuerfragen, die notwendige und nützliche Arbeit einer
 volksständlichen Opposition getrieben, sondern nur immer auf
 die Gesehtheit gepoltert, in seine alte Stellung als treuehob-
 same Regierungspartei wieder einzurücken zu dürfen. Darum
 erlebte man immer wieder das esse Schauspiel, daß alle sogenan-
 nten „nationalen Parteien“ dem Reichstanzler als einem
 alten politischen Raus ihre Diensten anbieten. — Uns
 kann freilich nichts Lieberes passieren, als daß sich der Traum
 der Kreuzzeitung erfüllt und daß die neue volksbelastende
 Finanzreform mit den Stimmen aller sogenannten „nationalen
 Parteien“, zu denen ja neuerdings das Zentrum auch wieder
 gerechnet wird, zustande kommt. Die Erschütterung, die das
 Ansehen des Zentrums dadurch erfährt, kann dann nur der
 Sozialdemokratie zugute kommen!

Tagessgeschichte.

Halle a. S., 3. August 1908.

Eigenartige Friedensbedingungen.

Anlässlich eines zu Ehren des internationalen Friedens-
 kongresses veranstalteten Staatsbanketts erklärte der eng-
 lische Premierminister Asquith:
 „Ich bin nicht langmußig genug, um zu glauben, daß auch
 nur der Fingerte unter uns den Tag internationaler Ver-
 rüchtung erleben wird. Die nationale Sicherheit muß immer
 die vornehmste Sorge der Regierungen jedes Landes bleiben.
 Sie würden das Fechtliche, was ihnen anbräutert ist, auf das
 Unverantwortlichste vernachlässigen, wenn sie die Erforder-
 nisse dieser Sicherheit außer Acht ließen. So lange die
 menschliche Natur bleibt wie sie ist, wird Wölfer ebenso wie
 oder vielmehr noch mehr als der Einzelne imlande, sich durch
 Aufzackungen des Bornes und der Lebenskraft fortsetzen zu
 lassen oder sich einzubringen, daß zwischen ihnen unverföh-
 liche Interessen oder Ehrenpflichten stehen. So lange

dieser menschliche Seelenzustand dauert, muß eine vorsichtige
 Staatskunst sich für den Kriegsfall bereithalten.

Man kann diese Rede des englischen Premiers wohl als
 eine Klage an seinen Ministerkollegen Lloyd George an-
 sehen, welcher einige Tage vorher erklärt hatte, daß dieser Zu-
 stand der tödlichen Schweißluft, der die Kräfte veranlaßt, nicht
 in der menschlichen Natur begründet sei, sondern zweifellos
 schließlich vorübergehen werde. Charakteristisch für die
 Unsicherheit der bürgerlichen Friedenspolitik des Kongresses ist
 der Beifall, mit dem diese Rede begleitet wurde.
 Tagegen hat die englische Arbeiterpartei am 1. August in
 einer mächtigen Demonstration für den Frieden gewirkt. Viele
 Tausende von Arbeitern beteiligten sich an einem Demon-
 strationszuge nach dem Trafalgar-Square. Fünfzig Platz-
 schaffsführer wurden im Zuge getragen. Auf dem Wege
 sprachen die Abgeordneten Thorne, Macdonald und Ward, so-
 wie die Genoffin Despard. Die Resolution betonte die Ver-
 breiterung der Arbeiter aller Länder. Zwischen dem englischen
 und dem deutschen Proletariat gebe es keine Kriegsbände.

Die englische Arbeiterpartei hat ferner beschlossen, zwanzig
 Vertreter nach Deutschland zu senden, um der von bestimmten
 Interesselichen betriebenen Kriegshege entgegen zu treten.
 Sie hat gleichzeitig eine Resolution verfaßt, die sich scharf gegen
 die Kriegshege in beiden Ländern wendet. Die Resolution
 lautet:

Die Nationallegislative der Arbeiterpartei (Labour Party),
 die über eine Million organisierter Arbeiter vertritt, behauptet
 die zurzeit durch keine Interessengruppen in Großbritannien
 und Deutschland unternommenen unverantwortlichen und
 schädlichen Verträge, die Bevölkerung beider Länder zu über-
 reden, daß ein Krieg zwischen ihnen unermesslich sei. Zu-
 gleich verdammt sie die propagierende Flottenauspottung,
 welche die Regierungen beider Länder betreiben; denn an-
 statt den Frieden zu fördern, schwächt diese, indem sie allge-
 meine Vorurteile färbt und den Alarm der Värmacher als
 Begründet erscheinen läßt, im Volksgemüt die Entschlossen-
 heit, dem Kriegstreiben Widerstand zu leisten.

Die Exekutive der Arbeiterpartei gibt deshalb der Ar-
 beiterpartei Deutschlands die Versicherung, daß sie niemals
 sich daran beteiligen hat, Mißtrauen auszusprengen, und daß sie
 davon überzeugt ist, ein Krieg zwischen beiden Völkern würde
 ein entsetzliches Verbrechen sein, das nur durch die Tätigkeit
 weniger Personen möglich erscheint, die die Presse gefaßt
 haben zu dem Zweck, die Nachrichten zu fälschen, um ihre
 politischen Leidenhaften und ihre wirtschaftlichen Interessen zu
 befriedigen.
 Die Exekutive ladet deshalb die deutschen Arbeiter ein, mit
 uns zusammenzuwirken, um die Kriegshege niederzulegen und
 zwischen beiden Nationen ein gutes Einvernehmen her-
 zustellen.
 London, den 28. Juli 1908.

Im Kampf um Ehrhardt Erbe.

Während in der Pfalz selbst von Wadtbewegung wenig her-
 merkbar ist, präsentieren die außerpfälzischen Blätter liberaler

Hurraschreier.

Ein Zeitroman von E. C. Teranus.

Der kleine Mann hoch sich auf seinen Beinhäupten und wagt
 sich in die Welt. Um die Lippen des Medaurens aber audte
 ein bitteres Lächeln. Jansoh, er wußte es: Herr Macin war
 bekannt wegen des Wohlthatigkeitspostens, den er betrieb. Es
 kam ihm nicht darauf an, Jehnmannde herzugeben für irgend
 ein Eichenhaus oder eine Erziehungsanstalt vermalter Kinder.
 Der reiche Mann vergab nur, daß diese seinem Bedürfnis,
 von sich reden zu machen und sich öffentlich Würde und
 Ansehen zu geben, geeigneten Summen nicht einiger wohlwollender
 Tätigkeit entnahmen, sondern daß daran die Fische und die
 Zäunen seiner Angestellten hingen, denen er die Honorare und
 Löhne schmälerte, jовiel er nur konnte. Erst vor kurzem hatte
 ihn ein materieller Not lebender Wlanntschifflicher ergriffen,
 daß Herr Macin eine halbe Stunde mit ihm gefeilt hatte
 um ihm von der ohnedies schon bestehenden Honorarforderung
 für einen Roman noch 500 Mark abzugeben. Und erst am
 letzten Quartal hatte der Zeitungsverleger den Honorarjah
 von 30 Mark, den die Tagespost für kurze Feuilletons zahlte,
 auf 25 Mark herabgesetzt mit der Begründung, daß alles ge-
 meinlich sei: der Preis des Papiers der Tarif der Scherz wip.
 Die Autoren mußten die Wladzeiten bezahlen, denn die mühs-
 liche Arbeit eine halbe Stunde mit ihm gefeilt hatte
 und mit aller Bestimmtheit, wenn auch äußerlich ruhig, er-
 klärte er: „Ich bedauere, ich kann Ihnen den Gehalt nicht
 um, meine Natur zu ändern. Ich werde künftig gerade lo-
 undiplomatich und mit derselben Entschiedenheit und Wä-
 derungslosigkeit schreiben wie bisher.“
 „Oh! Das werden wir doch sehen. Das Blatt gehört
 mir.“

„Freilich. Aber meine Lieberzeugung und meine Anschauun-
 gen gehören Ihnen nicht, die sind mein Eigentum, mein ganz
 ausschließliches Eigentum. Wiedergaben und Anmerkungen
 bezüglich meiner redaktionellen Tätigkeit nehme ich nicht an —
 von niemand, Herr Macin.“
 „Dann“, der Verleger redete sich und machte eine hoch-
 gehobene Bewegung — „dann werden wir uns trennen
 müssen, Herr Gebhard. In meinem Betriebe bin ich Herr und
 wer sich meinen Anordnungen nicht fügt, der — jansoh, Herr
 Gebhard, dem muß ich kündigen.“
 Dem alten Medaureur gab es einen innerlichen Stud und ein
 heißer Schmerz krampte ihm für einen Moment sein Herz zu-
 sammen. Das Wort, das er einst mit so hochliegenden Ideen
 geschwänzt, für das er viele Jahre sein bestes Können, seine
 ganze Kraft eingesetzt hatte, sollte er nun verlieren? Aber er
 sagte sich rasch. Seine Unabhängigkeit, seine Lieberzeugungs-
 treue gingen ihm über alles.
 „Es ist nötig“, erwiderte er mit heiterer Stimme. „Ich
 gebe schon selber — gleich, noch heute. Das dürfte wohl für
 beide Teile das angenehmste sein.“
 „Schön, schön! Wozu was Sie wollen.“
 „So sieht Udo Gebhard aus der Tagespost. Um seine Zu-
 kunft war ihm nicht bange. In den letzten materiell jorgere-
 neren Jahren hatte er sich einige tausend Mark erspart. Er
 hatte ja für niemand zu sorgen als für sich; die geringen
 Mittel zur Verrichtung seines bestehenden Lebensunterhaltes
 würde er überdies auch als freier Schriftsteller zu erwerben
 imlande sein.
 Udo Gebhard's letzter Artikel in der Tagespost hatte noch
 eine weitere Konsequenz. Bald darauf erhielt der Unvor-
 sichtig eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter. Die Staats-
 anwaltschaft hatte abermals die Anklage wegen Majestätsbelei-
 digung gegen ihn erhoben.
 Der Medaureur las seinen Artikel noch einmal durch und
 schüttelte mit dem Kopf. Er konnte nicht das geringste finden,
 das als eine Beleidigung der Person des Kaisers ausgelegt
 werden konnte. Er hatte keine Angewiss immer nur gegen die
 Schmiedler und Wyanthine gerichtet.
 Der Tag der Verhandlung kam heran. Es war dieselbe
 Strafkammer, vor der er schon einmal als Angeklagter gestan-
 den hatte. Nur der Vorst sah die diesmal nicht der urbane,

mit strengster Objektivität und aller Gründlichkeit seines Amtes
 waltende Landgerichtsdirektor Stein, sondern ein streng, scharf
 beobachtender, noch herabwürdigender junger Herr, der neuen
 den Staatsanwalt ein verächtliches Wesen betandete, denn
 den Verleider und den Angeklagten aber gleichlich kurz
 angebunden verurteilt.
 In seinem Wladener erkannte der Staatsanwalt an, daß der
 intrinsehe Artikel eine direkte Majestätsbeleidigung nicht
 enthalte, dagegen hätte sich der Angeklagte sagen müssen, daß
 bei der Verschidenartigkeit seines Publikums die Wächtung
 nicht ausgeschlossen sei, gewisse Nebenwendungen in dem Ur-
 teile könnten den Eindruck einer beachtlichen Wladbelugung
 hervorgerufen. Deshalb beantragte er eine Gefängnisstrafe von
 sechs Monaten.
 Der Verleider schüttelte mit dem Kopf, der Angeklagte sah
 überaus und verblüfft drein. Das Gericht zog sich nach den
 Ausführungen des Verteidigers zu kurzer Beratung zurück und
 erklärte, daß es sich auf dem Standpunkt des Staatsanwalts
 stelle und den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis ver-
 urteile.
 Der Dolus eventuals hatte seinen Eintrag in die deutsche
 Rechtspflege gehalten. Der Angeklagte war verurteilt wor-
 den, nicht weil er tatsächlich ein Vergehen begangen hatte,
 sondern weil ein urteilloses Publikum in die Ausführungen
 des Angeklagten ein Vergehen irrtümlich hineingelegt haben
 konnte.
 Udo Gebhard konnte sich nicht enthalten, das Urteil mit
 einem kurzen lauten Aufschrei zu quittieren.
 „Warum laden Sie?“ herrschte ihn der Vorstehende an.
 Die Augen des Verurteilten blickten.
 „Ich wollte nur“, entgegnete er, dem Fragenden freimütig
 ins Gesicht leidend, „ich wollte nur meiner Freude darüber
 Ausdruck geben, daß ich in dieser Sache der Angeklagte
 bin und nicht.“
 Der Vorstehende schlug mit der flachen Rechten zornig auf
 den Tisch.
 „Sie können Sie sich unterlassen —?“ Er warf einen
 fragenden Blick nach dem Staatsanwalt hinüber, der sich jetzt
 erhob.
 „Ich beantrage“, nahm der öffentliche Ankläger das Wort,

Beilage zum Volksblatt.

Sozialdemokratischer Verein für Zeit-Weisheits-Veranstaltung.

Der Kreisstag fand Sonntag, den 2. August, in Drobysitz statt. Aus 24 Bahnhöfen waren 67 Delegierte erschienen, nur die Bahnhöfe Weisenfels und Niska fehlten. Als weibliche Delegierte waren auch die Genossinnen Seopoldt und Kruschwitz aus Böhlen und Frau Bach-Weisenfels. Die Debatte war vertreten durch 25 Ziele, die Presmissionskommission durch G. Gerbig. Der Kreisführer Arbeiter-Gesangverein leitete den Kreisstag durch Vortrag des Zeitungsplans von Ullmann.

In dem Bureau wurden gewählt als Vorsitzende Seopoldt-Beit und Klemme-Leuchter, als Schriftführer Jahnert-Beit und Seibold-Hohenmöhlen. Eine Debatte wurde die Geschäftsordnung genehmigt, nach welcher u. a. jeder Redner nur zweimal zu demselben Punkte der Tagesordnung das Wort ergreifen darf. — Das Ansehen an die im Kreisjahre verstorbenen Genossen wurde durch Erheben von den Seiten geehrt.

Der Bericht des Vorstandes

Ernannte sich, da der Bericht als Prospekt gedruckt vorlag, auf Erläuterungen beschränken.

Das Jahr ist unter lebhaftester Arbeit verlaufen. Die Zahl der uns zur Verfügung stehenden Lokale mit Sälen ist im Kreise von 35 auf 52 in 38 Orten gestiegen. — Flugblätter wurden 88.000 verteilt, Volksblätter 25.000, Sammelblätter an 45.000. — Öffentliche Versammlungen hat der Kreis 106 veranstaltet, wozu 211 Mitgliederbeteiligungen in den 25 Bahnhöfen kommen. 22 Bildungsvereinigungen waren lebhaft, und die veranstalteten Kurse und Vorträge fanden zahlreichen Zutritt.

Die Mitgliederzahl ist von 3467 auf 3776 gestiegen. Eingetretene sind 1175 Mitglieder. Von den Ausgetretenen sind 13 gestorben, 28 zum Militär getreten, 242 müßten sich anderwärts Arbeit suchen, 195 traten aus andern Gründen aus, 149 wurden genehmigt, 2 ausgeschlossen. Weibliche Mitglieder zählt der Verein 318. — In den einzelnen Bahnhöfen ist die Mitgliederzahl Ende Juni 1908 (die eingetragene Differenz bedeutet Zu- oder Abnahme gegen Ende Juni 1907):

Beit	813	(8 mehr)	Deuben	65	(13 mehr)
Weisenfels	339	(186 mehr)	Jahnsain	56	(18 mehr)
Leuchter	368	(3 mehr)	Drobysitz	55	(2 mehr)
Teichen	206	(48 mehr)	Laucha	50	(7 mehr)
Jahnsain	169	(19 mehr)	Olbersdorf	46	(2 mehr)
Aue	145	(3 mehr)	Hasberg	45	(46 mehr)
Stredau	145	(3 mehr)	Reuden	45	(7 mehr)
Naumburg	140	(70 wen.)	Niska	33	(9 mehr)
Hohenmöhlen	140	(19 wen.)	Naumburg	28	(9 mehr)
Teichen	127	(61 mehr)	Seopoldt	14	(2 mehr)
Kreisbau	120	(5 wen.)	Reichsdorf	13	(13 mehr)
Kapna	79	(3 mehr)	Adorf	11	(3 wen.)
Reichsdorf	77	(— mehr)	Reichen	17	(6 wen.)

Der Rückgang in einzelnen Bahnhöfen ist namentlich daraus zu erklären, daß diesmal kein „Worterbuch“ stehen geblieben ist. Die 376 Mitglieder sind ohne Ausnahme zahlend.

Die Bibliothek umfaßt jetzt 838 Bände; 1260 Ausleihungen fanden statt. — Das Volksblatt hat über 8000 Abonnenten im Kreise. Für das zu gründende eigene Blatt sind 2705,24 Mark eingegangen.

Die Gemeinbewegungen trachten unserer Partei viel Manches in Zeit, wie in Zeichern und Auslöser, je eines in Döbritz, Reichen, Wälsitz, Teichen, Deuben, Jahnsain, Reimsdorf, Olbersdorf, Niska, Stredau, Vornitz, Niska, Kapna, Reitzenhain, Reichsdorf, Grana, Stredau, Gladitz, Reichsdorf, Hasberg, Reichen, Jahnert, je eines in der dritten und zweiten Klasse Aue, Drobysitz, Jahnsain, Teichen, Grana, Gammitz, Drositz, Döhlen. Nur in Reichen haben wir ein Mandat verloren infolge Unbeherrschung der Arbeiterwahl.

Bei der Kandidatwahl wählten über 5000 Urmähler 108 sozialdemokratische Wahlmänner. — Streifen sind in großer Menge und verhältnismäßig hohe Verdienste in der Gemeinbewegung organisiert sind im Kreise rund 12.000. Arbeiter-Turnvereine gibt es 24, Arbeiter-Gesangvereine 19, Arbeiter-Clubvereine 17.

Der Kassenbericht

erhielt der Kassierer Kitz.

Die Gesamteinnahme betrug 27.501,90 Mk. Sie setzte sich zusammen aus

6.206,16 Mk.	Kassenbestand am 1. Juli 1907,
141,45	„ Eintrittsgelder,
1.183,20	„ Mitgliedsbeiträge,
1.560,64	„ Sammelkäufe,
56,30	„ Baus,
2.705,24	„ Resten,
405,56	„ Beiträge (im Volksblatt quittiert),
2.245,65	„ Eintrittsgeld in Versammlungen,
2.168,62	„ Prozeduren und Anleihen,
1.502,38	„ Festlichkeiten,
667,--	„ Waare,
402,90	„ Parteifeier,
247,47	„ diverse Einnahmen.
Die Gesamtausgabe betrug 19.089,99 Mk. Sie setzt sich zusammen aus	
1.279,23 Mk.	für Agitation,
1.076,85	„ Referate,
1.471,90	„ Anleihen,
1.877,40	„ Druckkosten,
1.029,90	„ Bibliothek,
372,34	„ Beiträge in Zeitungen,
1.213,13	„ Buchkäufe,
675,--	„ Unterhaltungen,
1.420,50	„ Festlichkeiten,
387,06	„ Baus,
1.841,43	„ Wahlen und Diverses,
1.016,07	„ Prozeduren an Kassierer,
1.600,--	„ Parteikassafälle in Berlin,
800,--	„ Bezirks-Agitationskommission,
600,--	„ Verwaltungskosten,
1.477,93	„ Baus, Bezirks-, Kreis-, Parteifeier, Preisbewegung.

Der Kassenbestand betrug somit 8.411,61 Mk., wovon 7.525,37 Mk. in der Kassenkasse und 886,24 Mk. in den Filialen sich befinden.

Kitz rügte, daß manche Bahnhöfe nicht pünktlich die Abrechnung eingeleitet haben; Kennzeichen daß überhaupt nicht abgerechnet und Streifen ist ganz eingeschlagen. Ueber die Hüfen und Weisenfels hat Rechnung Abrechnung einseitig erfolgt, und in einzelnen Fällen sind Abrechnungen von den Weisenfeler für richtig erklärt worden, obwohl Abrechnungen vorliegen.

Namens der Weisenfeler erklärte Döhlenitz, daß Bücher, Belege und Weisenfels in vollster Ordnung befunden worden sind. Er beantragte die Genehmigung einer Einbürgerung an die Weisenfeler.

Ueber die Entlohnung der Frauenbewegung referierte Genossin Seopoldt-Beit; Frau Doppel-Berlin sprach in acht Versammlungen, die von 1200 Personen besucht waren.

Auch die Genossinnen Sieb und Tief sprachen in 23 Versammlungen. Aufsehen erregte eine Versammlung im Kreis der Frauenbewegung abgehalten. Für die Gleichheit wurden 2000 Abonnenten genommen, doch ist die Zahl bereits wieder bedeutend zurückgegangen. Die Männer mögen, so wünscht Referent zu bringen, ihre Frauen dazu anhalten, sich politisch mit zu organisieren.

In der Debatte hob Demberger-Weisenfels hervor, daß die Parteiverhältnisse in Weisenfels durchaus nicht zu ungenügend seien, wie der Vorstandsbereich andeutend schien. Im Gegenteil fand sich Weisenfels recht wohl mit Zeit messen, und wenn ein Parteifeld nach Weisenfels käme, dann könnten die Weisenfeler noch besser betorgt werden. Das war erpöcklicher als die Gründung eines eigenen Blattes.

Schulze-Jangenberg. Im Berichtsjahre ist zu wenig mit Flugblättern auf dem Lande agitiert worden. Diese Flugblätter müssen dem lässlichen Verständnis besser angepasst sein. Die auf dem vorigen Kreisstage vom Vorstand gemachten Versprechungen sind nicht in erster Linie erfüllt worden. Ein Antrag wurde gestellt, hervor, daß die Parteifeld nicht mehr als Nebenbeschäftigung betragt werden können, sondern daß eine besondere Kraft angestellt werden muß. — Das die Weisenfeler nicht nach Wunsch ausgefallen ist, braucht nicht aufzufallen, da fortwährend gebremst wird.

Grüne-er-Weisenfels. Bei Einlegung unseres örtlichen Parteiprospektes hat der Vorstand über die Höhe unserer Mitglieder hinweg gehandelt. Das hat böses Blut erregt.

Sundt-Stredau. Die Zahl der politisch Organisierten würde bei uns viel größer sein, wenn die Belegte nicht erholt darüber wären, daß sie nicht in die Weisenfeler Zukunftsliste aufgenommen worden sind, in deren Vorstand Genossin Seopoldt ist.

Grüne-er-Weisenfels. Wenn über die mancherorts Veranlassung aus Weisenfels ein Volksblatt gedruckt worden ist, so bemerke ich, daß wir die Zeit verloren haben, weil unsere Berichte in der ersten Hälfte dieses Jahres entweder nicht oder nur verümmelt gebracht worden sind. Die Weisenfeler macht keine Fortschritte, weil von Gemeinbewegungen unernanntig gebremst worden ist. Die Unterichtsliste müssen in anderer Weise eingerichtet werden.

Gerhardt-Beit. Die Weisenfeler ist nicht zurückgegangen. Das die Gemeinbewegungen in der Zeit der Wirtschaftskrise nicht noch anfeuern, ist erklärlich. Die Berliner Weisenfeler wurde die Sozialarbeit in 2000 Mark stark. Dieses hätte zur Änderung des Geldes besser verwendet werden können. — In die Krise überdauern, dann wird auch die Weisenfeler mehr aufleben. In Naumburg wird von einzelnen Genossen persönlich gegen Bureau vorgegangen; das ist eine unwillkürliche Manier. — Die Unterichtsliste müssen in anderer Weise arrangiert werden.

Randorf-Beitendorf. Viele sind in den Arbeiterabstimmungen und Arbeiterlagern, aber kümmern sich nicht um die politische Bewegung. Sie glauben, das Wort Arbeiter im Namen ihres Vereins genügt. Da muß Wandel geschaffen werden, zumal man die dieser Leute noch ein Arbeiterlager angehören.

Seibold-Hohenmöhlen. Der Kassierer hat uns zu Unrecht geringelt. Rechnen wir die von unserer Bahnhöfe gemachten Ausgaben von unserer Einnahme ab, so verbleibt noch eine Reinsumme für die Parteifeier 4.700 Mk. pro Bahnhöfe. In Weisenfels, Teichen usw. sind es dagegen nur 1.200 oder 1.050 Mk. — Bei den großen Anstrengungen, die wir alle machen müssen, darf man nicht allzuviel von uns verlangen.

Kreisführer-Beit. Für ein eigenes Parteiblatt hat fast nur Zeit und Ungelegenheit die Zeit aufgebracht. Auch Weisenfels und Naumburg haben bereits ein solches, und jeder Delegierte ernstlich für Aufbringung weiterer Mittel wirken.

Reichsdorf-Weisenfels. Angesichts der traurigen Lage unserer Schuhindustrie und ihrer Arbeiter, hat Weisenfels sehr viel geleistet. Ich habe mehr als zehn Prozent in der Lokalfeste zurückgehalten, weil ich nicht wollte, was die Landtagswahl kosten würde.

Winda-Beit. Die Schuld am verfallenen Erscheinen des Vorstandsbereiches liegt schließlich an den Bahnhöfen, die ihre Einkünfte für die Parteifeier so hoch an den Vorstand geschickt haben. Die Parteifeier sollen nicht an Orten abgehalten werden, die sich nicht dafür eignen. — Vor dem Reichsbundverband brauchen wir trotz seiner enigen Arbeit keine Angst zu haben. Er hat nicht tiefe Wurzeln. Nur solche Genossen sollen den Reichsbundverband entgegenzutreten, bei deren Namen wir nicht erschauern. Dem Urteil des Reichsbund über das Verhalten mancher Naumburger Parteigenossen schließe ich mich an.

Voigt-Hasberg. Unsere Agitation am Orte würde uns erleichtert werden, wenn die Beizer Genossen bei ihren Ausreisen nicht nur das Waldhaus berückichtigen sondern auch unsere örtlichen Lokale.

Bureau-Naumburg. Naumburg hat ganz andere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse als die anderen Städte unseres Kreises. Der Kleinbetrieb und die Beamtenherrschaft dominieren. Unsere Genossen arbeiten mit Mienenfisch; aber es ist ungebühr schwer, vorwärts zu kommen. In Naumburg bestehen mindestens 25 direkte Arbeiter-Verbandsvereine, welche nicht starke und starken Arbeitervereine anlocken. Außerdem bestehen in Naumburg 13 Arbeitervereine. Haben wir 14 oder 16 neue Mitglieder oder Volksblattabonnenten gewonnen, dann liegen gewiß wieder zehn oder zwölf Abmeldungen vor. Das Genosse Gruner sagt, was falsch ist, ist aber eine epische Uebertreibung. Persönliche Motive liegen ihm fern. Das sollte es nicht sein, sondern die Kritik zusammenzufassen und vordrängen zu kommen.

Grüne-er-Deuben. Unsere Mitglieder wollen, daß unserm früheren Kassierer die Kassenbücher, entweder vom Kreisstag geschenkt oder daß gegen ihn vorgegangen wird. — Auch von mir ist ein Bericht nicht im Volksblatt erschienen. Da wächst die Meinung, ein eigenes Blatt zu gründen.

Grüne-er-Weisenfels protestiert gegen eine ihn betreffende Änderung der Statuten und wünscht eine vernehmliche Erledigung der Expedientenfrage.

Grüne-er-Naumburg. Weber Gerhardt noch Winda können den geringsten Beweis erbringen für ihre Behauptungen. Seit amavon Jahre stehen ich in der Partei und habe mein Mandat nicht von persönlichen Motiven hergeleitet. In Naumburg müssen zuerst die 900 Genossen für die Aufstellung Bureau als Parteier-Expedient interessiert werden. Das ist nicht geschehen. Daher rühmt die Vermittlung.

Geisdorf-Beitendorf. Die Turner und Radfahrer lassen sich nicht zwingen, der politischen Organisation beizutreten. Wir können sie nur nach und nach gewinnen.

Sted-Naumburg. Der Van Gerhardt war ungebührig. Gruner-Beitendorf. Buzurg, nicht gegen ihn. Der Beizer Unterichtsliste konnte wegen der Lage von Zeit nicht genügen. Wir haben mit den drei Vorträgen des Genossen Dämmig recht gute Erfolge erzielt.

Friedemann-Beitendorf. Auch von mir sind mehrere an das Volksblatt gerichtete Berichte nicht erschienen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Seopoldt-Beit. Der Kreisführer hat bei Debatte des Naumburger Expedientenpostens durchaus demokratisch verfahren worden. Wenn die Redaktion des Volksblattes Berichte nicht aufgenommen hat, die nicht vom örtlichen Vertrauensmann unterzeichnet sind, so handelt sie nur nach einem bestehenden Beschluß.

Der Kreisstag beschloß, den Kassierer, welche nicht abgerechnet haben auszulassen. Bei der Rechnung zu leben und den Kreisführer die übliche Sitzungsgelder zu bezahlen.

Der Vorstandsbereich und die Rechnungsbüro wurden genehmigt.

Agitation und Organisation.

Seopoldt-Beit: Bei starker Anspannung seiner Kraft und peinlichster Ausnutzung seiner freien Zeit kann der Fortschritt des Zentralbureau, das Weisenfeler Genossen mit agitierten Genossen ausführen. Es macht sich darum die Aufstellung einer besoldeten Kraft gebietet. Der Angestellte kann dann auch in viel wirksamer Weise und oft persönliche Führung mit den einzelnen Bahnhöfen nehmen und Märgen geben. Finanziell ist unser Kreis so gestellt, daß wir nach dieser Richtung keine Sorge zu brauchen, wenn ein tüchtiger Angestellter dem Vereine neue Mitglieder zuführen wird und sich somit durch seine Tätigkeit bezahlt macht. Die Werbearbeit wird dann fruchtbarer werden und die Agitation kann sich außer der Lokale noch anderer Gebiete, der Naturwissenschaften, der Geschichte u. s. w., bedienen. Auch die Abhaltung von Kinderfesten ist in Betracht zu ziehen, ebenso die Aufstellung fester Bildungs- und Belegungsprogramme für längere Zeit, wie Halle und Leipzig es tun.

Grüne-er-Weisenfels ist für Aufstellung eines Kreisreferats. Sundt-Stredau ebenfalls und legt an, die Agitationsflorolen bei der Verteilung der Parteifeier zu benutzen. Sundt-Stredau wünscht, Genosse entfällt und häufig mit den Lokalen die Art der Agitation besprochen wird. — Auch Schulze-Jangenberg befürwortet die Aufstellung eines Kreisreferats, der nicht unbedingt seinen Sitz in Zeit haben müßte. — Keine-er-Weisenfels hält die Aufstellung für sehr nützlich; doch ist nicht möglich, wenn auch bei Bahnhöfen monatlich eine Versammlung abhält.

Reichsdorf-Beit. Die Weisenfeler ist in den Versammlungen durch Mitglieder politische oder wirtschaftliche Monatsberichte erhalten zu lassen. Jede Bahnhöfe besitzt Kräfte, die diese Aufgabe übernehmen können. Als wirksamste Hilfsmittel für die Agitation sind Karten dienen, auf denen angegeben ist, ob ein Einwohner gewerkschaftlich oder politisch organisiert und ob er Abonnent unseres Blattes ist. — Gröhe-er-Deuben und Wagner-Aue befürworten den Ausbau der Organisation und die Forderung der Frauenbewegung. — Gerhardt-Beit hält es für genügend, den Karten dienen, auf denen angegeben ist, ob ein Einwohner gewerkschaftlich oder politisch organisiert und ob er Abonnent unseres Blattes ist. — Gröhe-er-Deuben und Wagner-Aue befürworten den Ausbau der Organisation und die Forderung der Frauenbewegung. — Gerhardt-Beit hält es für genügend, den Karten dienen, auf denen angegeben ist, ob ein Einwohner gewerkschaftlich oder politisch organisiert und ob er Abonnent unseres Blattes ist. — Gröhe-er-Deuben und Wagner-Aue befürworten den Ausbau der Organisation und die Forderung der Frauenbewegung.

Der Kreisstag ist einmütig für Aufstellung eines Kreisreferats und für Arrangierung von Vortragszyklen über nichtpolitische Thematika.

Beit.

Seopoldt-Beit. Auch ich habe schon wegen Beschränkungen, die gegen die Redaktion erhoben worden sind, Rückfragen in Halle genommen. Es muß erwartet werden, daß Berichte, deren Umfang abgelehnt wird, dem Abnehmer unter Angabe der Gründe zurückgeliefert werden. Berichtswind die Berichte ohne jede Rückfrage im Papierkorb, so erregt das böses Blut. Wäre die Zeit der wegen Zeitmangel fortgerufenen Abonnenten nicht so groß gewesen, dann hätte auch in diesem Jahre wieder die Abonnentenzahl des Volksblattes sich bedeutend gehoben; so aber sind wir bei über 8000 Abonnenten geblieben. Es sind 7028 Abonnenten in den Filialen vorhanden und über 200 Frauenabonnenten sind namentlich für die Parteifeier in Halle und Naumburg für Gewinnung neuer Abonnenten getrieben wird.

Gerhardt-Beit. Der Aufsicht, den die Redaktion des Volksblattes über die Gründung unserer eigenen Blätter gemacht hat, war nicht am Platze. Auch nach Veränderung darin gehalten, daß Beraternominal- oder Gemeinbewerterberichte so verpackt erschienen.

Reichsdorf-Beit. Ueber die heute vorgebrachten Beschwerden gegen die Redaktion ist ich nicht unterrichtet, da die Fälle alle während meiner fünfmonatlichen Abwesenheit vorgekommen sein sollten. Aber das eine weiß ich trotzdem, daß nämlich keiner meiner Kollegen einen eingelaufenen Bericht ohne richtigen Grund ablehnt. Bei den mancherorts vorgelegten Berichten haben wir Strafen, von denen wir im letzten Jahre wieder einmal beimgelacht worden sind, ist schon vorigen Herbst unter Zustimmung der Parteimitglieder der Weisenfeler gefahrt worden, die Aufnahme aller Berichte strikt abzuweisen, deren Sachverhalt nicht absolut sicher ist. Nicht selten kommt es vor, daß ein Bericht abgelehnt wird, der nachher als richtig und richtig befunden werden. Ein solches für die Redaktion, wenn ein Bericht abgelehnt wird, ist ein Verstoß gegen die Parteimitglieder, die für unsere große Parteibewegung haben und für unsere hohen Parteiziele nicht die mindeste Weibung haben. Um örtlichen Statistik breitzutreten, ist das Volksblatt nicht da. Nur was auf die Arbeiterbewegung Bezug hat oder sonst zur Beurteilung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dient, kann Aufnahme finden. Von tiefer Grundlage hat sich die Redaktion stets leisten lassen, und sie hat nach dieser Richtung stets das größte Entgegenkommen gezeigt. Auch die Aufnahme eines Berichts abgelehnt werden, so sind stets sachliche Gründe, niemals persönliche Verhältnisse maßgebend. Für das von Gerhardt vorgelegte Bericht über den Verfallenen des Statutenkomitees befürworten die Redaktion nur in den seltensten Fällen haften gemacht werden. Die Berichte laufen in der Regel erst recht verpackt ein. Sie werden dann sofort von dem Referat-follegen bearbeitet und in Satz gegeben. Vergeben dann noch ein oder zwei Tage bis zur Veröffentlichung, dann ist das auf technische Schwierigkeiten zurückzuführen, nicht auf langsame Redaktionsarbeit. Wir legen darum auch in solchen Fällen das Eingangsdatum unter den Bericht, und die Genossen werden dann erkennen können, daß fast immer die Verzögerung am Abnehmer, nicht an der Redaktion liegt.

Randorf-Beitendorf: Die Redaktionen über Anleihen unter dem Vorbehalt der Parteifeier, die nicht mehr als einmalig ist, den Betrag einzuziehen. So habe ich eine Rechnung über ein Anleihen betragsmäßig 1000 Mark, die ich dreierlei Jahre später erhalten. Wenn das Jahre um ist, kriegt man immer eine neue Rechnung.

Reichsdorf-Beitendorf. Genosse Ziele hat zwar seine Redaktionsarbeiten aus Wärme in Satz genommen; aber manchmal sind doch auch Berichte abgelehnt worden, die ungenügend und für den betreffenden Ort wichtig waren.

Ueber eine vermeintlich so hohe Druckkostenrechnung der Weisenfeler Genossenschaftsdrucker gibt Gerbig-Halle Auskunft. Die Angelegenheit soll nachträglich häufig noch Mängel der Drucker beprochen werden.

Durch Annahme eines Schuldanbuchs wird den 16 noch vorgezogen Rednern das Wort abgeknippt.

Abänderung der Statuten.

Dem neuen Vereinsgesetz entsprechend werden keine Änderungen des Statuts genehmigt. Der Monatsbeitrag für weibliche Mitglieder beträgt 10 Pf., das Eintrittsgeld ebenfalls. — Der Zentralvorstand soll in Zukunft aus elf statt aus neun

Personen bestehen, da ihm nun auch zwei weibliche Mitglieder angehören. Die Sachstellen haben je ein weibliches Mitglied in den Vereinen. Die Frauen sind in einem besonderen Ausschuss der Mitglieder. Die Ausschüsse sind für die volle Zeit der Krankheit oder Erwerbslosigkeit entlassen, nicht mehr wie bisher auf höchstens nur sechs Monate. Die Änderungen werden ohne Debatte genehmigt. Der Antrag Hilsendorf, das Geschäftsjahr mit Ende März abzuschließen, wird abgelehnt.

Vorstellung in Nürnberg.
Von Delegation einer Genossin zur sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Nürnberg, abgelehnt. Wegen der die Parteifortschritte der Frauenkonferenz betreffen und über die Bericht erstatten.

Als Delegierte zum Parteitag werden einstimmig Leopold Zeit und E. Heile-Dalle gewählt.

Zum Vorarbeiten der Kreisleitung wird ohne Debatte Genosse Leopold Zeit, zum Kassierer Genosse Kitz Zeit beauftragt.

Zum Bezirkstag werden delegiert Burgau-Naumburg, Stämpfle, Dambarger-Weissenfels, Windau-Zeit, Hornfeld-Tropzig.

Der nächste Kreisstag wird in Naumburg stattfinden; für das nächstjährige Parteifest wird Laucha empfohlen. Angenommen wird der Antrag, das Parteifest in Zukunft nur an Orten abzuhalten, in denen genügende Räumlichkeiten für ein solches fest zur Verfügung liegen. Die Agitation für Nationalitäten ist kräftiger betriebl. Der Großfamilialismus überwinden durch den Antrag, dem Bezirk Strauß das Volksblatt nach am Erscheinungstage zu liefern. In Windau-Zeit macht darauf aufmerksam, dass demnächst die Zeiter bürgerlichen Blätter eine große Landagitation durchführen wollen, da ihr Ansehenstand ebenfalls zurückgehen und in Zeit sehr für sie nicht mehr so hohen ist. Die Parteigenossen auf dem Lande sollen da die Augen offen halten.

Einstimmig angenommen wurde der Antrag Heile, beim Nürnberg Parteitag zu beantragen, das durch unvollständige Agitation die Lektüre allgemein bekannt gemacht wird, das durch private Vereinbarung von Eingehen eines ländlichen Dienstverhältnisses die durch die Gefährdung festgesetzte einjährige Dienstzeit und Wartehilfszeit hindernisse zu überwinden werden kann. Es gibt kein anderes Mittel, das ländliche Gefilde vor den Folgen der ständischen Verhältnisse und der Gefährdung zu schützen. Sein Vater, keine Mutter darf ihr Kind anders in eine Gefährdung geben lassen als eben 14tägige, höchstens einmonatliche Färbung, die jedem Tage jederzeit freizugehen kann.

Ein solches Schicksal wünschte Genosse Leopold Zeit, der Kreisstag gute Früchte zeitigen und alle Parteigenossen antworten möge, ihre volle Kraft einzuwenden für solche und ähnliche Weiterentwicklung des Parteilebens.

Schluss 1/8 Uhr.

Der Kreisstag für die Mansfelder Kreise

finden (Sonntag) in Erdborn statt. Außer drei Genossen von der Kreisleitung war der Kreisstag von 17 Delegierten, darunter drei Genossinnen, besetzt. Drei Orte waren nicht vertreten. Vom Vorstand waren Genosse Genosse Gustav Schmidt, von der Redaktion Genosse Frosch, von Bezirk Genosse Groß.

Genosse Christange begrüßte die Erschienenen und sprach die Hoffnung aus, daß die heutige Tagung dazu beitragen, daß die bisher dunkeln Mansfelder Kreise auf dem Wege der Entlohnung weiter schreiten, um bald in die Reihe der fortgeschrittenen Kreise zu treten. In Erdborn war im Laufe des Jahres vierhundertsechzig Personen den Kreisen übergeben worden. Die Kreise haben sich die Kreisstaatsglieder von ihren Vätern.

Denn auch Genosse Christange den Geschäftsbericht, auf den in Nr. 176 des Volksblattes veröffentlicht worden. Daraus sei zu ersehen, daß an einzelnen Orten leider die Mitglieder abgenommen, während in anderen die Mitglieder zugenommen. Die Kreise sind in der Lage, die Kreise zu unterstützen. Die Kreise sind in der Lage, die Kreise zu unterstützen.

Darauf gab Genosse Stelzer den ebenfalls im Volksblatt veröffentlichten Kreisbericht, in noch größerem Detail. Am Namen der Revisoren betätigte dann Genosse Heinrich die Mitglieder der Abrechnung und bat um Entlassung des Kassierers. Das geschah. Auf seinen weiteren Antrag hin wurden dann der Vorsitzende und Kassierer je 25 Mark für ihre jahrelange Mühe und Arbeit bezahlt.

Genosse Stelzer ersuchte dann noch um recht sorgfältige und regelmäßige Auffüllung und Einbindung der Vierteljahrsberichte. Unrichtige Angaben der Mitglieder über den Fragebogen führe nur zu Konflikten mit der Agitationskommission. Auch selbst die Überlicht über die lokalen Verhältnisse an den einzelnen Orten. Die Kreisleitung über verspricht, auch über diese Beiträge der Mühe zu führen, die nur dazu dienen dürfen, Ausgaben im Interesse der lokalen Agitation zu betreiben.

Die Ausrede, der Mitgliederbeitrag sei auf die hohen Beiträge zurückzuführen, ließ Genosse Schmidt nicht gelten. Denn in der Regel verzeichnen sich nur die bummeligen Orte dahinter, während ländliche Orte unter ungünstigen Erwerbsverhältnissen sich zu verzeichnen haben. Bei geringeren Einnahmen würden wir überall vermehrt kommen.

Die lokalen Berichte der Delegierten betätigten das, während andererseits nicht zu verkennen ist, daß die ungünstige wirtschaftliche Konjunktur auch einen Teil Schuld trägt. Aber die Hauptsache ist doch die Inaktivität und die seit Jahrzehnten eingewurzelte Furcht vor dem Wirtschaftsumsturz. Andererseits ist auch der Mangel an Lokalen vorzuerklären die Aufführung selbst. Es kann aber überall mehr geschahen werden, wenn die Genossen mit ihnen zu Gebote stehenden Kräften tätig sind. Außerdem sorgt die Mansfelder Gewerkschaft durch ihr Verhalten dafür, daß die Kreise nicht einschlafen. Das müssen wir auszunutzen beachten.

Der anderbare Antrag Ermsleben, den Beitrag wieder auf 20 Pf. herabzusetzen, wurde ohne Debatte gegen eine Stimme abgelehnt. Wir wollen keinen Rücktritt, sondern Fortschritt. Die Regelung und Unterbindung der hauptberuflichen Angelegenheiten wurde dem Agitationskomitee übertragen. Nachträglich nahm dann der letzte erzielene Ein. Während die Lokalleitung von Hölblingen in Schluß. Wenn die Parteibewegung von Hölblingen nicht Genossinnen Frischmann mache, liegt das an anderen Verhältnissen und an Vorwissen, die sich im Laufe der letzten Jahre am Orte ereignet haben.

Ueber Organisation und Agitation sprach dann Gen. Heinrich. Er kam am Schluß seiner guten Ausführungen dazu, daß es zu äußerst notwendigen Kleinarbeit die vom Agitationskomitee herausgegebenen Adresskarten zu empfehlen. Die Haupt-

sache sei jedoch Aufführung auf allen Geleiten. Das werde auch und endlich den Sieg bringen.

Ein lebhafter Meinungsaustrausch schloß sich an das Gehehrte. Alle waren aber mit dem gegebenen Winten einverstanden.

Schließlich wurde noch beschlossen, für die Beitragsmatten ein größeres Format zu nehmen.

Dann wurde der von der Kreisleitung dem neuen Reichsvereinsgesetz angepaßte Statutenentwurf beraten und ohne wesentliche Änderungen angenommen. Weibliche Mitglieder haben demnach monatlich 10 Pf. Beitrag zu zahlen. Das Gehalt soll unterhalb des Beitrags sein. Die Mitglieder werden bald in den Besitz derselben gelangen.

Zum Punkt Kreise sprach Gen. Groß über die Entlohnung des Volksblattes im Mansfelder Kreis und im ganzen Verbreitungsgebiet. Daraus ist zu entnehmen, daß der Mansfelder Kreis jetzt erstklassig an vierter Stelle steht. Im letzten Jahre sei ein ganz hübscher Fortschritt im Kreise zu verzeichnen. Aber man dürfe nicht müßig bleiben sondern immer weiter arbeiten, bis in jeder Arbeiterfamilie das Volksblatt zu finden sei.

In der sich daran anschließenden Diskussion wurden erfreulicherweise Beschwerden über die Kreise nicht laut.

Von Einführung der Monatschrift Politische Rundschau im Abonnement in den ländlichen Kreisen wurde abgelehnt. Sie soll nach wie vor gratis verteilt werden. Die Agitation für die Reichsvereine der Arbeiter wurde der Parteitag wurde der finanziellen Untertun halber abgelehnt. Vom Parteitag in Halle sollen die Delegierten in den zum Vorjahr gebrachten Orten gemacht werden.

Der Antrag, die Bezirkstage in Zukunft wieder Sonntags abzuhalten, wurde einstimmig angenommen.

Die Kreisleitung bleibt dieselbe wie im vergangenen Jahr. Die Kreisleitung hat das Quartiermeter des vor dem durch die gefassten Beschlüsse schon erledigt.

Mit Worten des Dankes und der Aufforderung, die gefassten Beschlüsse auch hochzuhalten und danach zu handeln, damit wir nächstes Jahr ein bedeutendes besseres Resultat zu verzeichnen haben, und mit einem dreifachen Gruß auf die Sozialdemokratie schloß dann Gen. Christange den diesjährigen Kreisstag. Fr.

Halle und Saalkreis.

• Halle, den 3. August.

Gebäude.

Für Verbreiterung der G. U. Straße bei ihrer Einmündung in die Kleinmühlstraße ist endlich feste Baun gegeben. Der Bezirksrat hat das Quadratmeter des zur Verbreiterung der Reichlichen Grundfläche Quadratmeter Straßenlaufes auf 700 M. taxiert, doch für die 168 Quadratmeter 117 600 M. zu zahlen sind. Die Kaufschiffe Bauerei, der das Neue Theater gehört, erhält für 110 000 83 000 M. Schon im September ist der Entschluß durch zu erwarten, und es wird dann nach Ablauf der sofort zu kündigenden Mietverträge nach Neujahr mit dem Abbruch der Gebäude begonnen werden können.

Der alles Maß übersteigende Preis von 700 M. pro Quadratmeter zeigt, zu welchen Konsequenzen der Privatbesitz an Grund und Boden führt. Es darf bei Beurteilung des vorliegenden Falles nicht unbeachtet bleiben, daß die Grundstücke auch nach Verbreiterung der Straßen so tief bleiben, daß villenartige Geschäftshäuser eingebaut werden können. Der Wert des ganzen Gebäudes beträgt, der gespalten Grundsteuer zufolge, nicht weniger als 100 000 M., was für das Straßenland zu zahlende Summe. Wird dann aber ein neues Gebäude aufgeführt, so verzinst sich das doppelte und dreifache, weil wertvolle Geschäftsläden eingebaut werden können, die jetzt eben dem Gebäude fehlen. So wird die Stadt um Hunderttausende gekürzt, wegen des „heiligen“ privaten Eigentumsrechts an Grund und Boden.

Ein Beitrag über die Mitgliedschaft bei Knappschaftsvereinen.

Hierzu wird uns von interessierter Seite geschrieben: Vom Minister ist immerzeit der Knappschafts-Vereinen eine ganz besondere Anerkennung ausgesprochen worden ihres Vorgehens zur Verbesserung der bestehenden Verhältnisse und der nunmehr erzielten Erfolge. Ob aber hierbei auch den zahlenden Mitgliedern der Knappschafts-Vereine die Rechte werden, welche durch Zahlung der überaus hohen Beiträge wohlverdient wären, ist sehr in Frage zu stellen.

An der Hand von Tatsachen soll bewiesen werden, wie notwendig eine Veränderung der bestehenden Statuten zu erfolgen hätte:

Ein Mitglied, das seit neun Jahren dem früher Neureutherischen, jetzt Hallischen Knappschafts-Vereine angehört und in den letzten sechs Jahren als k. n. d. g. Mitglied in Klasse V von einem wöchentlichen Beitrag von 1.72 M. (monatlich, je nach der Wochenzahl, 6.88-8.80 M.) leistete, hat also in einem Jahre 94.60 M. Beiträge an den Verein entrichtet, oder während seiner neunjährigen Mitgliedschaft ein Kapital von ca. 800 M. (oft unter großen Entbehrungen).

Nun wurde dieses Mitglied krank und verlor infolge dieser Krankheit seine Stellung. Es besitzt in § 18, Abs. 4: „Weist ein Mitglied mit der Entrichtung der unter 2 und 3 bezeichneten Beiträge länger als 6 Monate im Rückstande, so erlischt jeder Anspruch an den Knappschafts-Verein!“ - Diese Bestimmung birgt doch wohl ein unbedingtes Unrecht in sich?

Der Betreffende hat kurze Zeit Krankengeld bezogen, ist jetzt aber stellenlos - vielleicht als alter Mann jahrelang, oder bestimmt wegen seiner Krankheit überhaupt seine Stellung mehr, trotz aller Mühe -, hat also kein Einkommen und weiß nicht, woher er Brot für seine Familie nehmen soll - und geht nun noch aller Ansprüche an den Verein, nachdem er ein Kapital von 800 M. eingezahlt hat, das sich in den Jahren mit Zins und Zinseszins beinahe verdoppelt hat, vollständig verlustig! - Denn von dem Abs. 3 dieses äußerst wohlwollenden § 18: „Scheidet jedoch das Mitglied aus seinem Arbeits- oder Dienstverhältnisse aus, so kann dasselbe für sich und seine Angehörigen alle statutenmäßigen Rechte wahrnehmen, wenn es seine persönlichen und die Beiträge des Arbeitsjahres bezahlt.“ (1) Daselbst gilt für diejenigen k. n. d. g. Mitglieder, welche die Beiträge unregelmäßig in Folge einer Krankheit, je nach dem Arbeitslosgang aufgeben müssen“, kann er unter den geschätzten Verhältnissen nie Gebrauch machen.

Was dies für einen armen Angestellten, der jetzt ohne Verdienst, ohne Stellung mit einer großen Familie besitzt, zu bedeuten hat, kann sich nur jemand vorstellen, der aus Erfahrung weiß, wie schwer schon allein das Durchkommen ist, wenn man noch keine geregelte Beschäftigung und ein lautes Einkommen hat; aber nicht derjenige weiß es, der nur aus dem Wollen spricht. Das bet. Mitglied müßte also, um die Beiträge - monatlich 13.76 bis 17.20 M. für den Verein zu entrichten, zu ganz anderen Mitteln greifen - und er hat nicht einmal das Notwendigste für seine Familie!

Es heißt aber auch in diesem bandenswerten § 18, Abs. 2 weiter: „In dem Falle kann sich das Mitglied durch regelmäßige Fortentrichtung eines monatlichen Beitrages von 60 Pf. den Anspruch auf die bis dahin erworbene statutenmäßige Invaliden-, Witwen- und Waisen-Unterstützung erhalten.“ (§ 55, Abs. 2 und 4). Zum

Empfang der Kranken-Unterstützung und des Sterbegeldes ist ein solches Mitglied weder für seine Familie noch für seine Angehörigen während der Zeit des Fehlens berechtigt!“ - Was erwidert sich nun der diese langen Jahre Beitragsabgabe eigenliebe? Es heißt in § 55, Abs. 4: „Reine Mitglieder erhalten Invaliden-Unterstützung erst dann, wenn sie 10 Jahre als k. n. d. g. Mitglieder Beiträge entrichtet haben!“ - Also Antwort: Nichts!

§ 7 lautet: „Die k. n. d. g. Mitglieder können nur von männlichen Personen aufgenommen werden und zwar unter folgenden Bedingungen: a) Der Aufnahmebewerber darf nicht unter 18 und nicht über 40 Jahre alt sein.“ Das bisherige Mitglied ist nun inzwischen bereits 47 Jahre alt, bekommt zwar wieder Stellung auf einem Werke, kann aber nie wieder k. n. d. g. Mitglied eines Knappschafts-Vereins werden. Somit sind die von ihm an den Knappschafts-Verein geleisteten Beiträge - ich wiederhole nochmals für 9 Jahre nahezu 100 M! - einfach verloren, und damit kommen auch wohl alle bei Ablösung der Statuten in menschenwürdiger Weise geplanten Wohlhabens-Einrichtungen den zahlenden Mitgliedern nicht so gut, wie es eigentlich sein müßte.

Daß hierin Wandel geschaffen werden müßte, kann nicht oft genug betont werden und wäre es bei den heutigen Verhältnissen noch an der Zeit, wenn alle maßgebenden Instanzen einmal ernstlich an die Durchführung einschneidender Reformen zum Wohle der Beitragsabgeber gehen würden! - Möge dieser Mangel eines dabei ebenfalls fast Betroffenen nicht ungehört verhallen!

Freiwillige Mitgliedschaft bei Krankenkassen.

Nach dem Krankenversicherungsgesetz können Krankenkassenmitglieder, die aus einer der Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausscheiden, sich als freiwillige Mitglieder bei der betr. Kasse weiter verbinden, wenn sie ihre abhängige Absicht in einem ein- oder zwei- oder drei- oder vierjährigen Ansehen. Diese Weiterversicherung ist außerordentlich wichtig; leider wird aber in sehr vielen Fällen kein Gebrauch davon gemacht, teils aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmung, teils aber auch aus Gleichgültigkeit. So mancher, der aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung austritt, glaubt die freiwillige Mitgliedschaft bei der Krankenkasse nicht erst erwerben zu brauchen, weil er bald wieder Beschäftigung zu erhalten hofft und dann doch wieder Pflichtmitglied bei der Kasse wird.

Ein solches Verhalten kann recht unangenehme Folgen nach sich ziehen, oft treten solche Folgen überraschend schnell ein, und ganz naturgemäß treten sie in Zeiten großer Arbeitslosigkeit ganz besonders häufig auf. Zwar besteht das Gesetz, das Personen, die infolge eintretender Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausscheiden und während der Erwerbslosigkeit innerhalb drei Wochen nach Ausscheiden den Ansuchen um Aufnahme zur Unterfertigung haben, über - und das ist das Wichtigste - diesen Anspruch steht dem Erkrankten nur, wenn er vor seinem Ausscheiden aus der Kasse mindestens drei Wochen in dem erwerbslosen Arbeiter stand, wenn er diese letztere Verbindung nicht erfüllt.

Zum Beispiele: Ein Arbeiter, der jahrelang in einem Betriebe beschäftigt und demnach ebenso lange Mitglied der Krankenkasse gewesen ist, wird plötzlich arbeitslos, er tritt zwar schon in wenigen Tagen anderwärts in Arbeit, aber bereits nach zwei Wochen wird er wieder arbeitslos und bevor er erneut Arbeit finden kann, erkrankt er. Seine Ansprüche werden von der Krankenkasse abgewiesen, obgleich er innerhalb dreier Wochen nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung erkrankt ist. Er hat eben vor seinem letzten Ausscheiden der Kasse nicht ununterbrochen drei Wochen sondern nur zwei Wochen angehört. Seine frühere jahrelange Mitgliedschaft kommt gar nicht mehr in Betracht. Nicht selten sind auch die Fälle, in denen die Erkrankung erst nach der dritten Woche nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung eintritt. In diesen Fällen fällt, wenn die Unterfertigung durch die Krankenkasse ohne weiteres fort, nicht nur wenn der Arbeiter bei Beginn der Krankheit noch arbeitslos war, sondern auch dann, wenn er, die die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen worden ist, wird dann noch gesteigert dadurch, daß der erkrankte Arbeiter seine Krankenunterstützung erhält.

Solche unangenehme Folgen kann der Arbeiter unter der Hand seiner Familie vermeiden, wenn er bei eintretender Arbeitslosigkeit nicht, spätestens aber vor Ablauf eines Monats, seine freiwillige Mitgliedschaft bei der betreffenden Orts-, Betriebs- oder Innungskrankenkasse anmeldet. Die freiwillige Mitgliedschaft erlischt, wenn der Erkrankte wieder in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintritt, aber auch dann, wenn die Beiträge auf zwei aufeinanderfolgenden Zahlungsterminen nicht geleistet werden.

„Was ist, wer versigt...“

Diese Worte aus der unterwürfigen Fieberman'sche Karte man als Motto dem k. n. d. g. Ansetz im Volksparlament aufgestellt ist. Es werden nämlich ausschließlich Operetten melodien von der Kapelle Engemann gespielt werden, und zwar ist die Auswahl eine recht lässliche und bietet mancherlei, das nicht oft geboten ist. Natürlich darf in einem Operetten-Programme die, wenn man so sagen darf, höchste und herrlichste Operette die Hildebrand und die Hildebrand sein. Ihr Vater, der alte Johann Strauss, kommt aber auch noch mit einem anderen Werke, einem Märchen aus der Operette Die Göttin der Vernunft zu Gehör. Aus Müllers's Dittelsstube ist ein Polonaise vorgelesen. Von der weniger bekannten Operette Grotto's Grotto von Secora wird die Duettarie gespielt werden. Aus dem melodienreichen Operetten-Repertoire kommen zwei Operen: Das Schwanenlied von Einödberg und das bekannte „Wie mein Vater 20 Jahre“ zu Gehör. Selbstverständlich ist auch ein alter renommierter Wiener Operettenkomponist, Suppé, vertreten, und zwar mit seiner Operette Die Dame, ferner eine reiche Auswahl Wiener Volksmusik von Conbat. Die moderne Berliner Operette kommt von der Duettarie zu Hildebrand's Grotto und dem Hildebrand'schen Polonaise zu Gehör. Alles in allem bietet das Programm eine reiche Fülle lebendiger, pikanter und geliebter Musik, die sicher für einige Stunden über den Ernst und die Einbidrigkeit des Alltags hinweg helfen wird. Möge daher jeder, der es möglich machen kann, das Konzert besuchen.

Die Ausbeute der Halle- und Braunsfeldbergwerke im Oberbergamtbezirk Collo betrug im zweiten Vierteljahr 1908 und 1908 im Vergleich gegen 2484 t im ersten Vierteljahr 1908 und 2386 t im ersten Vierteljahr 1907. Die im ersten Vierteljahr betrug 682 (680 im Jahre 682) während der Monat auf 1207 (1916 bzw. 1847) stieg. Betrieben wurde nur ein Wert mit einer Leistungsfähigkeit von 35 (38 bzw. 28) Mann. Die Braunsfeldbergwerke betrug bei 260 (268 bzw. 265) betriebenen Werten mit einer Gesamtleistungsfähigkeit von 44 649 (42 996 bzw. 40 319) Mann 9 475 455 (10 087 770 bzw. 9 287 917) t. Davon erforderte der Schmelzwerk 5 588 926 (5 988 816 bzw. 5 988 816) t, während der Monat (5 588 926) (7 887 086 bzw. 7 447 912) t betrug.

Seit ein Geschäft. Ein in Erzfirma wohnender Arbeiter wurde am 30. Juli von dem Unternehmer F. Raab, der den Arbeiter Grube in Grundhof die Baggararbeiten übernommen hat, zur Arbeit angenommen. An diesem Tage arbeitete er bis abends 10 1/2 Uhr. Am 31. Juli früh kam er erst um 7 1/2 Uhr zur Arbeit, um 11 Uhr. Am 1. August kam er wieder um 7 1/2 Uhr.

